

PRESSEMITTEILUNG:

Abkommen über illegal besetzte Gebiete zwischen EU und Marokko

Am 16.01.2019 hat das EU-Parlament eine Entscheidung gegen EU- und Völkerrecht getroffen! Es hat dem Vorschlag der Kommission zur Erneuerung des Handelsabkommens der EU mit Marokko mit deutlicher Mehrheit (444:167:65) zugestimmt. Dieser schließt ausdrücklich die besetzten Gebiete der Westsahara mit ein. Eine Initiative, das Abkommen zuvor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) zur Begutachtung vorzulegen, scheiterte im Vorfeld.

Heidi Hautala, Abgeordnete der Grünen aus Finnland und Vize-Präsidentin des Parlaments beschrieb das Abkommen als einen gefährlichen Präzedenzfall, weil er den Anspruch Marokkos über ein Gebiet legitimiert, welches die EU selbst nach dem Völkerrecht nicht anerkennt. *„Welche Glaubwürdigkeit werden wir nun gegenüber Außenstehenden haben, wenn wir für Rechtsstaatlichkeit und den Respekt des Völkerrechts eintreten?!“*

Der Rechtsbruch hatte seinen Anfang in der Mandatierung der Kommission durch fast alle nationalen Regierungen - auch der Bundesregierung. Alle Proteste von NGOs und einem Viertel des EU-Parlaments blieben ungehört. Die Frente Polisario erklärte unmittelbar nach der Abstimmung, dass sie erneut Klage gegen dieses Abkommen beim EuGH einreichen wird - im Vertrauen darauf, dass der EuGH in seiner Ohnmacht das Recht einer das Völkerrecht missachtenden Politik entgegensetzen wird.

Die Entscheidung stellt zudem eine Gefährdung der Friedensgespräche zur Lösung des Westsaharakonfliktes unter Leitung des UN-Sonderbeauftragten und früheren Bundespräsidenten Horst Köhler dar. Diese wurden erst kürzlich nach sechsjähriger Unterbrechung wieder aufgenommen. Sara Eyckmans von Western Sahara Resource Watch konstatierte nach der Entscheidung des Parlaments *„Warum sollte Marokko nun an den Friedensgesprächen teilnehmen, wo es doch ein lukratives Handelsabkommen unterschrieben hat für ein Gebiet, das es illegal und brutal besetzt?!“*

Die europäischen Kolonialmächte hatten 1884/85 Afrika unter sich aufgeteilt. Die Westsahara ist die letzte europäische Kolonie auf dem Kontinent, ohne vollzogenen Dekolonialisierungsprozess. Spanien überließ 1976 seine Kolonie der Besatzung durch Marokko. Mit diesem Abkommen unterstützt die EU faktisch diese illegale Besetzung der Westsahara und beteiligt sich an der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen. *„Neben der eigenen Glaubwürdigkeit kommt der EU mit diesem Abkommen auch das Bewusstsein eigener historischer Verantwortung abhanden“*, erklärte Tanja Brodtmann, Vorsitzende des Vereins Freiheit für die Westsahara e.V.

Der Verein kritisiert diese Entscheidung und fordert die Bundesregierung und die EU-Abgeordneten auf, das Territorium der besetzten Westsahara aus den Verträgen mit Marokko eindeutig auszuschließen. Eine Möglichkeit besteht aktuell in der Zurückweisung des Entwurfs des Fischereiabkommens der EU mit Marokko, über den im Februar im Parlament abgestimmt werden soll.

Bremen, 23.01.2019



Freiheit für die Westsahara e.V.

c/o Gunther Hilliges

In der Poggenkuhle 37

28357 Bremen

www.freie-westsahara.eu

freie_westsahara@posteo.de